

Gelbwesten-Bewegung in Frankreich - eine politische Einschätzung

Forderungen nach einem menschenwürdigen Existenzminimum und ‘sozialer Gerechtigkeit’ haben seit Mitte November in Frankreich Hochkonjunktur. Hunderttausende Protestler in gelben Westen (*gilets jaunes*) lösten mit Straßensperren und Blockaden einen politischen Flächenbrand aus, der ein Ausmaß an Emotionen und Gewalt zeitigte, wie sie das Land seit den Mai-Unruhen von 1968 nicht mehr erlebt hatte.

Ein Land wohlgeartet mit einem der ausgeprägtesten Sozialsysteme der Welt. Seit Mai 2017 schickte sich Emmanuel Macron, Frankreichs europafreundlicher junger Präsident an, mit einschneidenden sozialliberalen Reformen die Demokratie ‘marktkonformer’ zu gestalten. Durch Einsparungen im öffentlichen Dienst sollte Frankreich endlich wieder die Vorgaben des Euro-Stabilitätspakts erfüllen und somit seinen Ruf als zuverlässiger ‘Partner’ nachhaltig unter Beweis stellen. Mit einem umfangreichen Investitionsprogramm wollte Macron Wirtschaft und Arbeitsmarkt eine seit Jahren vermisste neue Dynamik verleihen, bei prioritärer Förderung von Aus- und Weiterbildung, erneuerbaren Energien, Ausbau der Infrastruktur sowie Modernisierung von Verwaltung, Gesundheitswesen und Landwirtschaft. Um die Unternehmen wettbewerbsfähiger zu machen und den Wirtschaftsstandort ‘Frankreich’ für Investoren attraktiver zu gestalten (also nicht zuletzt zu verhindern, dass Arbeitsplätze ins Ausland abwandern), setzte Macron auf Flexibilisierungsmaßnahmen zu Gunsten der Unternehmen : er schaffte die Vermögenssteuer ab und liberalisierte das Arbeitsrecht – gegen den Widerstand großer Teile der politischen Linken. Gewerkschaften und Parteien gelang es nicht mehr, wie in früheren Jahren, die *Straße* zu mobilisieren und das liberale Reformpaket zu verhindern.

Macrons positives Image in den Wahlkämpfen des letzten Jahres schien bis vor kurzem nachzuwirken. Gab man sich in den *classes populaires* nicht der Hoffnung hin, dass sich der Modernisierungskurs der Regierung und die Justierung des französischen Sozialmodells auch für sie auszahlen würde? Hatte Macron doch noch im September ein Milliardenprojekt zur ‘Bekämpfung der Armut’ vorgelegt. Falls es solcherart Hoffnungen waren, die bei Geringverdienern und sozial Benachteiligten für politische Zurückhaltung gesorgt hatten, so zerstießen sie spätestens im November. Im Kampf gegen den Klimawandel kündigte die Regierung einschneidende energiepolitische Maßnahmen an, um dem *Pariser Klimaabkommen* von 2015 Nachdruck zu verschaffen. Die zur Finanzierung der Energiewende geplante, höhere Besteuerung von fossilen Benzin- und Dieselmotoren löste binnen weniger Tage eine Protestbewegung aus, die ganz Frankreich erfasste und bis heute anhält. Meinungsumfragen zufolge unterstützen drei Viertel der französischen Bürger die Gelbwesten und halten ihre Demonstrationen für gerechtfertigt. Die politische Sprengkraft der Regierung liegt darin, dass sie umgehend zum Ventil für die Artikulierung genereller Unzufriedenheit über Steuerlasten, Einkommens-

und Kaufkraftverluste, über die zunehmende Armut im ländlichen Raum sowie die Mängel der sozialen Infrastrukturen mutierte.

Über soziale Netzwerke koordiniert, wird die Gelbwesten-Bewegung weder durch Gewerkschaften noch politische Parteien gesteuert. Sie agiert autonom, ohne feste Führungsstruktur, auf der Basis dezentraler Selbstorganisation. Ihre Aktivisten sind in ihrer großen Mehrheit soziologisch den einkommensschwachen Arbeiterschichten (Arbeiter, Angestellte, Handwerker) sowie den unteren Mittelschichten (Techniker, Selbständige und Kleinunternehmer) zuzurechnen. Aber auch Jugendliche in der Ausbildung, Kleinrentner, Hausfrauen ohne eigenes Einkommen, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger bringen sich in großer Zahl in die Bewegung ein. Bei einem so breiten Spektrum von Unzufriedenheit zieht sich die Liste der allgemeinen und kategoriellen Reklamationen zwangsläufig in die Länge. Ein per Internetabstimmung zustandegekommener Maßnahmenkatalog an die Regierung umfasst nicht weniger als 40 Forderungen; darunter die Erhöhung von Mindestlohn und Renten, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Kampf gegen die Steuerflucht oder die Unterstützung des Einzelhandels.

Wer sich als Opfer 'sozialer Ungleichheit' betrachtet, zögert nicht, sich gesellschaftlich als ausgegrenzt, als 'abgehängt' zu wännen, und die Schuld bei den 'Eliten' zu suchen. Damit gerät Frankreichs Präsident unter Beschuss. Denn der 2017 vom Wähler offenbar honorierte innovative Charakter seiner Politik liegt nicht zuletzt darin, dass er die Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse verschlanken und damit beschleunigen will, ohne an die unter der V. Republik übliche, oft als lähmend empfundene 'Interaktion' (Pierre Rosanvallon) mit Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Kammern, Gebietskörperschaften und anderen 'Zwischenkörperschaften' (*corps intermédiaires*) gebunden zu sein. Bei grundlegenden Reformen kann Macron selbst das Parlament „außen vor“ lassen: so wurde die Arbeitsmarktreformen über 'Verordnungen' des Ministerrates, das heißt ohne Mitspracherecht der Abgeordneten und Senatoren erlassen. Ein Vorgehen, das politisch ebenso umstritten war wie die inhaltlichen Neuerungen des Arbeitsgesetzbuches. Sie legitimierten die Umkehrung der Normenhierarchie: die Betriebsvereinbarung hat fortan Vorrang vor dem Tarifvertrag. Macrons ausgeprägter Gestaltungswillen und innovativer Geist mögen ihn im Ausland zur treibenden Kraft für eine Neufindung Europas werden lassen, in Frankreich haftet ihm das Image an, „Präsident der Reichen“ zu sein - beraten vor allem von Technokraten der Eliteverwaltungsschule ENA, denen die 'Bodenhaftung' und folglich die Kompetenz fehle, den 'Volkswillen' zu deuten. Dies war nicht das Politikverständnis, das der neugewählte Präsident 2017 an den Tag gelegt hatte. Wie keiner seiner Vorgänger unter der V. Republik wollte er verkrustete, von bipolarem *links/rechts*-Lagerdenken geprägte Strukturen aufbrechen und die politischen Eliten und ihre Parteien der Konkurrenz durch Vertreter der *Zivilgesellschaft* aussetzen. *Politik* sollte eine ideelle Bereicherung erfahren durch die Einbindung möglichst vieler Staatsbürger in die Volksvertretungen. Bereit zu einem zeitlich begrenzten Engagement, sollten sie ihre Lebenserfahrungen und ihr berufliches *know how* in die Parlamentstätigkeit einbringen. Tatsächlich setzten viele Wähler nicht länger auf die traditionellen Volksparteien, sondern verschafften in der Nationalversammlung Macrons junger Partei *La République en marche* die absolute Mehrheit sowie zahlreichen Vertretern der Zivilgesellschaft ein erstes Mandat. In dem personell zu 75% erneuerten Parlament stieg der Anteil der Frauen auf fast 40%. Mit anderen Worten, wie nie zuvor unter der V. Republik schienen die Weichen für bürgernahe Politik und *partizipative* Demokratie gestellt worden zu sein.

Wie konnte es also sein, dass die gesellschaftliche Sprengkraft der *Gelbwesten*-Bewegung so spät von Regierung und politischer Klasse erfasst und ihr nicht frühzeitig mit einer Strategie des *sozialen Dialogs* begegnet wurde? Wir wagen die Behauptung: die Demokratisierung des repräsentativen Systems ist nicht einmal ansatzweise vollzogen worden. Die soziale Verankerung der Abgeordneten in der Zivilgesellschaft, ihre Bürgernähe, bleibt Makulatur, wenn ihre Signale nicht nach 'oben' durchdringen und politisch umgesetzt werden. Der Staatsspitze ist offensichtlich nicht daran gelegen, ihre *députés* als Akteure eines sozialen Frühwarnsystems und das Parlament als Resonanzboden für Bürgerinteressen und Bürgerprotest zu betrachten. Die Ursachen liegen, gewiss, im Führungsstil des Präsidenten: er wird von der *Gelbwesten*-Bewegung als 'autoritär', 'arrogant' und (als Absolvent von Eliteschulen und Blitzkarrieren in Wirtschaft und Staat) 'elitär' wahrgenommen. Dazu passt die Kritik – auch aus den eigenen Reihen –, er habe seine Bewegung *La République en Marche* ihrer partizipativ-demokratischen Dynamik beraubt, indem er sie zu einer hierarchisch geführten (Staats-)Partei umfunktionierte. Macrons extrem vertikales Verständnis von Machtausübung ist zweifellos auch vom Präsidialsystem der V. Republik geprägt: mit exekutiven Befugnissen ausgestattet, steht der Präsident an der Spitze der Entscheidungs- und Verwaltungspyramide eines – trotz aller Gebiets- und Verwaltungsreformen – immer noch stark zentralisierten Staatswesens. Eine Machtfülle, die in Frankreich seit langem Anlass für innenpolitische Kontroversen ist: wer sie als hauptursächlich für die Dysfunktionen des politischen Systems ansieht, tendiert zur Befürwortung eines Systemwechsels, der die republikanischen Institutionen dem gängigen Modell parlamentarischer Demokratie angleichen soll.

Auch wenn nicht erwartet werden kann, dass der Präsident sich bei der Wahrnehmung seines Wahlversprechens, die Weichen für eine 'partizipative' Demokratie im Lande zu stellen, als 'Basisdemokrat' profiliert, ein *kooperativerer* Politikstil als bisher ist ihm zuzutrauen. In seiner Fernsehansprache an die Nation vom 10. Dezember rief er den „wirtschaftlichen und sozialen Notstand“ aus, dem er mit Sofortmaßnahmen begegnen wollte: Erhöhung des Mindestlohns, Steuererleichterungen für Rentner und einer geringen Steuer auf Überstunden. Die Ökosteuer hatte er bereits gekippt. Die sich mit diesen Maßnahmen andeutende Kehrtwendung in der Steuerpolitik, dem strategischen Herzstück seines Reformprogramms, geht mit dem Eingeständnis einher, Krisenlösungen nicht mehr aus eigener Kraft bewältigen zu können. Die Rückbesinnung auf die bislang weitgehend ausgegrenzten *Zwischenkörperschaften* kündigt die Rückkehr zum institutionalisierten *sozialen Dialog* an, wie er unter Macrons Vorgängern gepflegt wurde. Ob sich bei dem Versuch, die Protestbewegung in geordnete Bahnen zu lenken und an den Verhandlungstisch zu bringen, die Gewerkschaften als nützliche 'Akteure' erweisen können, muss sich noch zeigen. Fakt ist, dass ihr Aktionsradius unter der Präsidentschaft Macrons eingeschränkt worden ist, da sie durch dessen liberale Arbeitsmarktreformen in ihrer Forderungsrolle geschwächt wurden. Wenn die Protestbewegung bislang an den Gewerkschaften vorbeigelaufen ist, so aber vor allem, weil auf beiden Seiten eine Verweigerungshaltung überwiegt: aus gewerkschaftlicher Sicht, weil die *Gelbwesten* nicht die erforderlichen organisatorischen und ideologischen Voraussetzungen für eine Aktionseinheit erfüllen; aus Sicht der *Gelbwesten*, weil sie sich als 'unpolitisch' begreifen und Gewerkschaften als Teil des politischen 'Establishments' betrachten.

Ausdruck der Politikverdrossenheit, ist die *Gelbwesten*-Bewegung zum Sammelbecken der Unzufriedenen geworden, empfänglich für unterschiedlichste Formen sowohl indi-

viduellen als auch gruppenspezifischen Protestes. Wobei der Funke der Revolte mittlerweile auch auf Institutionen wie Schulen und Universitäten übergelassen ist. Versuche einer ideologischen Einordnung der Bewegung anhand des herkömmlichen *links/rechts*-Schemas sind obsolet, da es für die Gelbwesten kein Maßstab ist. Dass die Bewegung *politisch* reflektiert werden muss, liegt aber auf der Hand. Nicht, weil sie auch politischen Strömungen Resonanz verschafft: militante Organisationen der extremen Rechten und extremen Linken finden hinreichend Gelegenheit, die ihnen eigenen Strategien des Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu praktizieren. Sondern, weil die Gelbwesten als Alternative zur Option, die Regierung durch den anhaltenden ‘Druck der Straße’ zu Konzessionen zu zwingen, nicht ausschließen, nämlich ihre Forderungen auf konsensuellerem Wege, dem Verhandlungswege, durchzusetzen. Diese Tendenz scheint sich nach den jüngsten finanziellen Zugeständnissen Macrons an Bezieher von Mindestlöhnen und Mindestrenten sowie der Aussetzung der Ökosteuer durchzusetzen: das Abebben der Bewegung ist augenfällig, denn die Zahl der Blockade-Aktionen nimmt ab und die Proteste verlaufen gewaltloser als in den vorangegangenen Wochen.

Es wäre naiv, anzunehmen, dass ein baldiger – wie auch immer gearteter – Vergleich zwischen Regierung und Gelbwesten einer *Lösung* der durch Protestbewegung und staatliche Gegenmaßnahmen aufgeworfenen Fragen gleichkomme. Die Geschehnisse offenbaren eine gesellschaftliche Polarisierung, die an die Grundfesten der 5. Republik rührt und, auf jeden Fall, Macrons steuerpolitisch fundierten Reformkurs gefährdet. Der Historiker Pierre Rosanvallon spricht zu Recht von „einer Krise der Repräsentation und der demokratischen Legitimation“ in Frankreich. Gewiss wäre es eine Bereicherung der ‘politischen Kultur’ im Lande, wenn die Gelbwesten sich ihre Vielfalt als ‘Bürgerinitiativbewegung’ erhielten, zu einer organisierten Struktur fänden und im gruppenübergreifenden internen Dialog die Leitlinien und Bedingungen einer *partizipativen Demokratie* entwickelten. Die Idee einer Teilnahme an den nächsten Europa-Wahlen wäre nicht abwegig – und sei es, um zu verhindern, dass europafeindliche populistische Parteien sich ihre Anliegen zunutze machen und mit simplifizierten Wahlslogans (etwa „*höhere Sozialzuschüsse bei weniger Steuern*“) auf Stimmenfang gehen. Eine gar grenzüberschreitende Gelbwesten-Bewegung könnte mit Nachdruck einen der krassesten Widersprüche der Europäischen Union geißeln: die Existenz eines Binnenmarktes mit offenen Grenzen, der angesichts des Gefälles zwischen den Wirtschaftssystemen, europaweit Kaufkraftunterschiede, also ‘soziale Ungleichheit’ programmiert. Die intellektuelle Integrität gebietet es aber auch, ein *Worst-case*-Szenarium in Betracht zu ziehen. Mit Blick auf die Realitäten in einem Nachbarland wie Italien, kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Gelbwesten politisch in eine Richtung bewegen, wie sie die *Fünf Sterne*-Bewegung eingeschlagen hat und damit selbst zur Basis einer populistischen Parteienkonstellation werden. Eine Parallele fiele bereits jetzt ins Auge : ungeachtet ihrer ideologischen und programmatischen Divergenzen kommen sich, wie in Italien, auch in Frankreich Links- und Rechtspopulisten erstaunlich nahe, wenn es darum geht, Hass gegen die gewählten Repräsentanten zu schüren und einen Rücktritt des Präsidenten („*Macron démission*“) zu einer prioritären Forderung zu machen. Mit machtpolitischem Kalkül alleine, so lehrt das italienische Beispiel, ist noch „kein Staat zu machen“.